

# Warlord gegen Kriegsverbrecher

Am Hindukusch beginnt der Wahlkampf. Westlichen Idealen wird er nicht entsprechen. Doch Afghanistan braucht Zeit. *Von Almut Wieland-Karimi*

Es gibt zwei gute Nachrichten aus Afghanistan: Bei den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr wird wohl Hamid Karsai für einen anderen demokratisch gewählten Präsidenten seinen Platz im Palast räumen. Die Verfassung verbietet seine Wiederwahl, es dürfte einen friedlichen Machtwechsel geben. Die zweite gute Nachricht: Konflikte und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kandidaten im Wahlkampf werden – die Taliban und andere islamistische Gruppen ausgenommen – auf politischer Ebene und nicht mit Waffengewalt ausgetragen.

Wenn alles nach Plan läuft, wählen die Afghanen im April 2014 einen neuen Präsidenten und Provinzräte. In wenigen Wochen wird der Wahlkampf richtig beginnen. In der zweiten Generation nach den Konflikten der Achtziger- und Neunzigerjahre geht es aber nicht mehr nur um die Persönlichkeiten einzelner (Ex-)Warlords oder Technokraten, sondern auch um Koalitionen und die Frage, wer die Regierung und wer die Opposition stellen wird. Ebenso stehen inhaltliche Debatten an: Wie schätzen die Afghanen ein bilaterales Sicherheitsabkommen mit den USA ein? Hat die relativ fortschrittliche Verfassung Bestand?

Weil eine etablierte Parteienlandschaft fehlt, gibt es ständig Neues im Vorfeld der Wahlen. Vermutet worden war, dass es zwei große Lager geben werde: die Gruppe der vormaligen Nordallianz, die eher konservative und nicht-paschtunische Inter-

esen bündelt, sowie das Karsai-Camp. Überraschend treten nun aber zehn Präsidentschaftskandidaten mit bunt gemischten Teams an: ehemalige Warlords, Stammesführer und westlich ausgebildete Technokraten – durchaus seltsame Bettgenossen. Sie alle scheinen eine möglichst breite Wählerschaft gewinnen zu wollen, was ein inklusiver und damit positiver Ansatz ist.

Ins Rennen gehen einige prominente Kandidaten. So tritt auch General Dostum an, der sich bei Verkündung seiner Kandidatur für sein Kriegsverbrechen entschuldigt hat – eine Premiere in Afghanistan. Der ehemalige Außenminister Abdullah Abdullah aus der vormaligen Nordallianz, tritt mit einem Ex-Warlord und einem Funktionär der islamistisch-paschtunischen Hizb-e Islami an. Der Bruder des Präsidenten, Qayyum Karsai, hat sich mit einem ehemaligen Dschihad-Kämpfer aus Zentralafghanistan und dem Minister für Bergbau zusammengetan.

In einer Sammelbewegung, die 2014 (noch) chancenlos sein dürfte, finden sich ehemalige pro-sowjetische Fraktionen,

kleinere nationaldemokratische Parteien und zivilgesellschaftliche Kräfte, unter ihnen auch viele Frauen und junge Leute. Die junge Generation bereitet sich darauf vor, die Macht zu übernehmen. Der Altersdurchschnitt in Afghanistan liegt bei nicht einmal 19 Jahren, bis 2025 wird die Bevölkerung von heute 30 auf schätzungsweise 45 Millionen anwachsen. Bei den nächsten Wahlen spielt die „Generation Warlord“ keine entscheidende Rolle mehr.

## Wer Frieden im Land will, muss auch mit den Extremisten reden

Nun werden also die Weichen für die Zeit des Übergangs gestellt. Dass Karsai abtreten wird, ist ein Erfolg. Die internationale Politik sollte dies anerkennen und nicht weitere Hilfe davon abhängig machen, dass die Wahlen „frei und fair“ sein müssen. In keinem vergleichbaren (Post-)Konfliktland finden nach unseren Maßstäben freie und faire Wahlen statt. Wir legen da

die Messlatte zu hoch – was, wenn die Wahlen dann nicht frei und fair sind oder gar nicht stattfinden können? Stellen wir dann unsere zivile Unterstützung ein, nachdem wir mehr als zehn Jahre Tausende deutsche Soldaten, Polizisten, zivile Aufbauhelfer und Milliarden Euro Steuergeld in Afghanistan eingesetzt haben? Seien wir ehrlich: Weder die zukünftige Bundesregierung noch die EU würden die bereits zugesagte Unterstützung einstellen, weil es Zweifel an den Wahlen gibt. Hier ist Erwartungsmanagement angesagt.

Statt unrealistische Hoffnungen zu hegen, sollte Deutschland die politische Kultur in Afghanistan fördern – und mit neuen politischen Gruppierungen reden statt mit bekannten Politgrößen mit ihrer fragwürdigen Vergangenheit. Deutschland könnte die afghanischen Wahlbeobachter fördern, die die Wahlen kritisch begleiten und Verstöße dokumentieren. Wir können uns einsetzen für Friedensverhandlungen mit allen Seiten, die vor allem jene einbeziehen, die sich nicht an den Wahlen beteiligen wollen. Wir können den Aufbau der

Rechtsstaatlichkeit und der afghanischen Sicherheitskräfte voranbringen und so einen Beitrag leisten, dass die Wahlen nicht von Gewalt überschattet werden.

Es gibt leider auch viele schlechte Nachrichten aus Afghanistan. Die Taliban und andere gewalttätige islamistische Gruppen wollen sich nicht an den Wahlen beteiligen. Allerdings kann Afghanistan nur zu Ruhe kommen, wenn auch sie in den politischen Prozess eingebunden werden. Frieden kann man nur mit seinen Feinden schließen, und auch demokratische Prozesse funktionieren nur, wenn politische Feinde und Freunde sich beteiligen.

Ein Waffenstillstand vor den Wahlen würde es den Verhandlungsbereiten unter den Aufständischen ermöglichen, sich zu beteiligen, insbesondere auf Provinzebene. Es sieht allerdings so aus, als würde sich der Fehler des Petersberger Friedensabkommens von 2001 wiederholen: Damals saßen die Gegner eines Friedensprozesses nicht mit am runden Tisch, doch ohne sie konnte sich auch kein Frieden in Afghanistan entwickeln. Ohne sie ist es auch heute unmöglich, Stabilität und funktionierende staatliche Institutionen zu etablieren. Friedenskonferenzen haben nur Sinn, wenn alle Kriegsparteien sich um den Tisch versammeln. Dies schließt Kriegsverbrecher und Extremisten ein. Deutschland könnte, weil es in der Region nie Kolonialmacht war, hier vermitteln – als Zivilmacht.

Wahlen sind nur ein Schritt auf dem langen Weg zu Frieden und Stabilität oder gar zur Demokratie. Die Weltbank geht davon aus, dass Postkonfliktländer im Durchschnitt 20 Jahre brauchen, bis eine funktionierende Verwaltung aufgebaut ist, und 27 Jahre, bis die Korruption eingedämmt ist. Transformationsprozesse dauern lange – und es ist nicht ausgemacht, ob Afghanistan tatsächlich schon ein Postkonfliktland ist. Der Atem der Weltgemeinschaft ist da oft zu kurz. Die Taliban aber haben Zeit.

Die Nato hat das Jahr 2014 als Abzugsdatum festgelegt. Dies entspricht der westlichen Logik, aber die verbleibenden Monate werden nicht zum Aufbau einer stabilen afghanischen Armee und Polizei reichen, die Sicherheit im Land garantieren können. Wir müssen Afghanistan weiter unterstützen auf dem Weg zu Frieden und Demokratie. Wir müssen da viel Zeit einplanen, selbst wenn die Öffentlichkeit dies nicht goutiert. Denn Afghanistan braucht Zeit.



Die Orientalistin **Almut Wieland-Karimi**, 48, leitet das Zentrum für internationale Friedenseinsätze in Berlin. Von 2002-2006 baute sie das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul auf. FOTO: ZIF CHARLOTTENBURG